

KOMMENTAR VON IGOR KUSAR, YOKOHAMA

## Nichts gelernt aus Fukushima

Nur zwei Jahre nach ihrer Machtergreifung steckt die regierende Demokratische Partei Japans in einer tiefen Krise. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik ist auf dem Nullpunkt. Zudem setzt eine mächtige Beamtenschaft immer wieder Eigeninteressen durch.



Immer weiter wie bisher: Japans neuer Premier Yoshihiko Noda (links) macht sich ans Handschütteln mit Vorgänger Naoto Kan und Handelsminister Banri Kaieda. FOTO: TORU HANAI, REUTERS

Am vergangenen Montag wählte die Demokratische Partei (DPJ) den bisherigen Finanzminister Yoshihiko Noda zum neuen Vorsitzenden und Nachfolger von Naoto Kan, der in diesen Tagen nach nur fünfzehn Monaten als Premierminister zurückgetreten ist. Die Wahl ist symptomatisch dafür, wie abgehoben in Japan nach wie vor politische Entscheidungen gefällt werden: In einer Volksumfrage hielten nur gerade vier Prozent den farblosen Noda für den besten Kandidaten. Sein früherer Kabinettskollege Seiji Maehara brachte es auf stolze vierzig Prozent, scheiterte jedoch an parteiinternen Fraktionskämpfen.

In der Bevölkerung macht sich derweil masslose Enttäuschung breit. Die Popularität von Kans Regierung erreichte in den letzten Monaten immer wieder neue Tiefstwerte. Dabei war seine Partei 2009 mit dem Anspruch angetreten, endlich für Stabilität und inhaltlich fundierte Politik zu sorgen. Statt um Politikandale, Affären um illegale Parteispenden und Machtkämpfe wollte sich die DPJ endlich um die grossen Probleme kümmern, die Japan schon seit langem belasten. Dazu gehört in erster Linie die horrende Staatsverschuldung, die über 200 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts beträgt.

So hatte Kan kurz nach seinem Amtsantritt im Juni 2010 eine Anhebung der Konsumsteuer angekündigt. Doch tat er dies derart plötzlich und ohne die nötige Überzeugungskraft, dass er viele JapanerInnen verärgerte. Die anschliessenden Wahlen zum Oberhaus verlor er – was nicht nur seine Pläne erschwerte, sondern auch das Vertrauen seiner ParteifreundInnen in ihn zerstörte. Von diesem Rückschlag hat Kan sich nie mehr richtig erholt, fast alle seine Initiativen scheiterten in der Folge am Widerstand seiner Partei oder der Opposition.

Auch mit ihrem zweiten grossen Versprechen blieb die DPJ auf halbem Weg stecken. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, den übermässigen Einfluss der Verwaltung zu beschränken und die herrschende Miswirtschaft zu beseitigen. Doch die entsprechenden Budgetkürzungen scheiterten am Widerstand der BeamtInnen. Immer noch werden VertreterInnen der alten Garde in hohe Positionen befördert.

Wie schwer es ist, gegen diese anzukämpfen, beweist das neue Gesetz zur Errichtung eines öffentlichen Entschädigungsfonds für die Opfer der Atomkatastrophe von Fukushima. KritikerInnen bemängeln, dass es zu vage formuliert sei und verschiedene Interpretationen zulasse. Auf Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Handel und Industrie wird eine Zerschlagung von Tepco, dem regionalen

Stromkonzern für Tokio und Betreiber des havarierten AKWs in Fukushima, ebenso verschoben wie die Trennung des Strommarkts in Produzenten und NetzbetreiberInnen. Zudem müssen die Unfallkosten von den StromkundInnen übernommen werden. Und angeblich wird eine Tür geöffnet für die Auszahlung von Steuergeldern an Tepco, die später für die Förderung neuer AKWs verwendet werden könnten. Immerhin: Am 26. August wurde das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Parlament angenommen – ein Trostpflaster für viele AtomkraftgegnerInnen.

Dass sich Vetterwirtschaft und Machtpolitik auch nach der verheerenden Katastrophe vom März nicht entscheidend geändert haben, zeigt, wie tief sie in den oberen Sphären der Politik verwurzelt sind. Stellvertretend für viele BürgerInnen schrie Tatsuhiko Kodama, Chef des Radioisotopenzentrums an der Universität von Tokio, vor kurzem während einer Anhörung im Unterhaus vor laufenden Kameras die anwesenden PolitikerInnen an: «Selbst fünf Monate nach der Katastrophe habt ihr in Fukushima immer noch nichts zum Schutz der Kinder vor der radioaktiven Strahlung unternommen. Was macht ihr eigentlich?»

Die Sorge der Bevölkerung um die Kinder ist und bleibt ein wichtiges Thema auch für die Umweltorganisationen, die für ein atomkraftfreies Japan kämpfen. Sie wollen ihre Anliegen während einer Aktionswoche präsentieren, die am 9. September beginnt – sechs Monate nach Erdbeben und Tsunami, die die Atomkatastrophe ausgelöst haben. Der Protest richtet sich diesmal insbesondere gegen die Forderung einiger PolitikerInnen, vom Netz genommene Reaktoren wieder einzuschalten, noch bevor deren Sicherheit überprüft worden ist. Zurzeit stehen 41 der 54 Atommeiler still, ohne dass es zu Stromlücken gekommen wäre. Allerdings haben die Elektrizitätswerke rigorose Sparmassnahmen angekündigt und durchgesetzt. Fünfzig Prozent der Bevölkerung lehnen die Wiederinbetriebnahme der AKWs ab.

Einen weiteren Schock erlebten die rund 80000 Menschen, die nach der Atomkatastrophe ihre Heimat verlassen mussten. Viele hofften, die Evakuierung habe nur vorübergehenden Charakter. Doch nun ist es offiziell: 800 Quadratkilometer werden zur Sperrzone erklärt, da der Boden nur beschränkt dekontaminiert werden kann. An eine Rückkehr der Bevölkerung ist während Jahrzehnten nicht zu denken. Gleichzeitig wirbt die Regierung dafür, in der Präfektur Fukushima ein atomares Zwischenlager zu errichten.

SÜDKOREA

## Ein Bulldozer auf der «Friedensinsel»

Die BewohnerInnen der Insel Jeju protestieren gegen den Bau einer Marinebasis. Ihre Gegner sind die südkoreanische und die US-amerikanische Marine.

VON RAINER WERNING

«Kein Marinestützpunkt. Rettet Jeju!» – «Wir wollen hier keinen Krieg!» – «Kampf bis zum Tod gegen die US-imperialistische Anti-China-Marinebasis!» Solche Protestparolen hatte man im Dorf Gangjeong im Südwesten der südkoreanischen Insel Jeju noch nie gehört. Bis vor kurzem gingen die knapp 2000 BewohnerInnen – zumeist Bäuerinnen und Fischer – friedlich ihrer Arbeit nach und führten ein beschauliches Leben.

Doch seit Ende letzten Jahres ist es mit der Idylle in Gangjeong vorbei. Denn genau hier will die südkoreanische Marine für rund 970 Millionen US-Dollar einen Stützpunkt errichten, der Platz für zwanzig Kriegsschiffe und U-Boote sowie zwei Luxusliner bieten würde. 2014 soll die Basis fertiggestellt sein. Der Grossteil der EinwohnerInnen von Gangjeong ist strikt gegen eine Marinebasis, die sich laut der Lokalzeitung «Jeju Weekly» über zirka einen halben Quadratkilometer (530000 Quadratmeter, rund 70 Fussballfelder) erstrecken würde.

Jeju, weniger als hundert Kilometer südlich des südkoreanischen Festlands gelegen, ist die Trauminsel vieler TouristInnen und Jungvermählter aus dem In- wie Ausland. Jährlich verschlägt es etwa vier Millionen BesucherInnen aus den angrenzenden Ländern (vor allem aus Japan und China) auf dieses subtropische Eiland, das reich ist an Sandstränden, Palmen, Mandarinenhainen, Golfplätzen, Meeresfrüchten und erstklassigen Hotels. Einige Flecken der Insel, deren Gesamtfläche rund 1845 Quadratkilometer beträgt, hat die Unesco zum Weltnaturerbe erklärt.

### «Versündigung gegen die Natur»

Die GegnerInnen der geplanten Marinebasis befürchten nun, dass durch den Bau das Ökosystem in der Region auf Dauer zerstört wird, da unter anderem fruchtbares Ackerland, Gewächshäuser, Korallenbänke, Gärten weichen müssen – und auch buddhistische Tempel. Seit Jahresbeginn nehmen deshalb die Proteste der lokalen Bevölkerung gegen die Bauarbeiten immer mehr zu. Jung und Alt, Fischersleute und MandarinenbäuerInnen haben vor einer Baustellenzufahrt Zelte aufgebaut, Protestplakate aufgestellt und sind rund um die Uhr präsent. Im Januar 2011 hatten sich Pastoren aus verschiedenen Gemeinden auf Jeju zu einem theologischen Seminar versammelt und danach ein «Manifest des Friedens 2011» veröffentlicht. Darin wird der Bau der Marinebasis als «Versündigung gegen Mensch und Natur» und die Militarisierung der Insel als «Verstoss gegen Gottes Willen» gewertet.

Immer wieder traten die BasisgegnerInnen gegen die Baumassnahmen in den Hungerstreik, denen sich auch Kang Dong-Kyun, der Bürgermeister von Gangjeong, anschloss. Zudem gab es wiederholt Verletzte, als DemonstrantInnen versuchten, anrückende Baumaschinen aufzuhalten. Mitte Mai erfolgten dann die ersten Festnahmen. Unter den Verhafteten befand sich zeitweilig auch Kang sowie die aus der Region von Seoul stammende Künstlerin Choi Sung-Hee, die bis Mitte August in Haft sass. Choi ist ein aktives Mitglied der nichtstaatlichen Organisation Global Network against Weapons and Nuclear Power in Space, die international gegen den Bau der Militärbasis mobilisiert.

### Solidaritätsbotschaften

Die BewohnerInnen von Gangjeong sind also nicht allein in ihrem Widerstand. Sympathiebekundungen, wenngleich noch spärlich, gibt es sowohl in Südkorea als auch international. So haben die Protestierenden Solidaritätsbotschaften aus Okinawa erhalten, wo sich die Bevölkerung seit Jahren für die Verlegung beziehungsweise Schliessung der Futenma-Militärbasis starkmacht. Dort ist etwa die Hälfte

der insgesamt 47000 US-SoldatInnen in Japan stationiert.

### Mögliches Angriffsziel

Gerade seine geostrategische Lage war Südkorea in der Geschichte mehrfach zum Verhängnis geworden. Eingekeilt zwischen China und Japan, verlaufen in seinen Gewässern einerseits wichtige Schifffahrtsrouten, und andererseits werden in der Region riesige Öl- und Gasvorkommen vermutet, auf die neben den Anrainerstaaten auch die USA begehrlche Blicke werfen. Südkorea befürwortet den Bau der Marinebasis auf Jeju mit dem Argument, nur so liessen sich die Seewege für seine Ölimporte und wachsenden Exporte auf lange Sicht sichern. Doch die meisten Menschen in Gangjeong glauben wie die AktivistInnen der Bewegung, dass es darum geht, für die USA – Seouls engsten Verbänden – einen vorgeschobenen Brückenkopf zu bauen – der gegen China gerichtet wäre. Zudem sind sie besorgt darüber, dass der Marinestützpunkt in Gangjeong ein potenzielles Angriffsziel wäre, wenn sich künftig in der Region die Rivalitäten um die Hoheitsrechte auf See oder um die Öl- und Gasressourcen verschärfen.

Offiziell wiegelt man in Seoul und Washington ab. In beiden Hauptstädten heisst es: Weder seien die USA am Bau des neuen Marinestützpunkts beteiligt, noch richte sich dieser gegen ein bestimmtes Land. Die südkoreanische Regierung versucht einen Spagat: Sie bekräftigt einerseits ihre von den USA «geschützten Sicherheitsinteressen» und will gleichzeitig ihr Verhältnis zu China vertiefen. Schliesslich übersteigt der südkoreanische Handelsaustausch mit Beijing längst Seouls Handelsvolumen mit den USA und Japan.

In den vergangenen Jahren war zwischen Beijing und Washington ein Streit entbrannt, weil die südkoreanischen Streitkräfte in ein von den USA entwickeltes Raketenabwehrsystem eingebunden werden sollten. Dieser Streit verschärfte sich, als die südkoreanische Marine vor drei Jahren dazu übergang, ihrer Flotte moderne Zerstörer hinzuzufügen, die mit dem US-amerikanischen Aegis-Frühwarn- und Feuerleitsystem zur Abwehr von Raketen ausgestattet sind.

### Raketen und US-Dollars

Während sich China herausfordert und bedroht sieht, wertet man in Washington, Seoul und auch in Tokio diese Massnahme unisono lediglich als Schutz vor Raketenangriffen aus Nordkorea. Da Südkoreas ehemaliger Präsident Roh Moo-Hyun (2003 bis 2008) wie sein Vorgänger Kim Dae-Jung gegen Nordkorea eine «Sonnenscheinpolitik» verfolgte, wollte er Pjongjangs wichtigsten Verbündeten China nicht brüskieren – und erkor 2005 Jeju zur «Friedensinsel».

Die seit Februar 2008 amtierende Regierung unter Lee Myung-Bak, der seinen Spitznamen «der Bulldozer» durchaus genießt, lässt den Bau der Marinebasis in Gangjeong indes unter anderem damit begründen, dass dort schliesslich ein «ökofreundlicher» Hafen entstehe, der als «eine neue Attraktion für das schöne Jeju» später auch Kreuzfahrtschiffe beherbergen und vielfältige Erholungsmöglichkeiten bieten könne. Diese Charmeoffensive lässt bei den wenigen BefürworterInnen des Stützpunkts schon mal Gedanken an sprudelnde US-Dollars aufkommen: die Vorstellung nämlich, dass ein US-amerikanischer Flugzeugträger mit Tausenden von vergnügungswilligen Seeleuten in Jeju die Anker wirft.

Seit Mitte August hat «der Bulldozer» vorsorglich schon mal in und um Gangjeong 1200 PolizistInnen aufziehen lassen, von denen 500 eigens aus dem Festland nach Jeju verschifft wurden. Sie sollen fortan für «Ruhe und Ordnung» sorgen.